

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5681

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5681



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Winterthur, im Mai 2026

NCBI Schweiz bezieht Stellung zur Abstimmung vom 14. Juni 2026 und empfiehlt:

NEIN zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz"

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde von NCBI Schweiz

NCBI Schweiz spricht sich entschieden gegen die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz" aus:

- NCBI Schweiz setzt sich seit Jahren gegen Stigmatisierung und Pauschalisierung ein, in diesem Fall von Migrant:innen und insbesondere Geflüchteten.
- Unter dem Deckmantel von sozial und ökologisch klingenden Argumenten (Nachhaltigkeit, Wohnungsnot, Dichtestress oder steigende Krankenkassenprämien) wird eine unbarmherzige Sündenbockpolitik betrieben, welche Migrant:innen und insbesondere Geflüchtete für sämtliche Probleme verantwortlich macht und einen entmenschlichenden Diskurs über die zugewanderten Menschen weiter salonfähig macht.
- Die Initiative möchte die Zuwanderung in die Schweiz massiv begrenzen und gleichzeitig die zugewanderten Personen entrechten. Die Initiative verlangt Massnahmen, die ans Saisonnier-Statutⁱ erinnern, in welchem zugewanderte Personen jährlich neun Monate in der Schweiz arbeiten durften, ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht, ohne Familiennachzug und oftmals in prekären Verhältnissen. Das Saisonnier-Statut ist menschenrechtlich problematisch und wurde deshalb längst abgeschafft. Es inspirierte Max Frisch zum bekannten Zitat: «Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.» Mit ihrer Standort- und Steuerpolitik hat die SVP dazu beigetragen, dass sich in den letzten 25 Jahren Tausende Firmen in der Schweiz angesiedelt haben; gleichzeitig bekämpft sie ebenso lange die Lebensbedingungen und die Rechte der Menschen, die im Zuge dieser neu geschaffenen Stellen zugewandert sind.ⁱⁱ
- Die Massnahmen, die gemäss Initiativtext als Erstes eingeleitet werden müssten, treffen primär den Asylbereich, welcher – auch wenn man die rund 95'000 Schutzsuchenden aus der Ukraine berücksichtigt – nur rund 10% der Zugewanderten umfasst.ⁱⁱⁱ

Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz" wurde von der SVP Schweiz eingereicht und kommt am 14. Juni 2026 zu Abstimmung. Sie will die Zuwanderung begrenzen, sobald sich die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz der Marke von 10 Millionen Menschen nähert. Zu diesem Zweck werden bereits ab 9.5 Millionen Einwohner:innen erste Massnahmen ergriffen.

Ende 2025 zählten rund 9.1 Millionen Menschen zur ständigen Wohnbevölkerung.^{iv} Aufgrund der demografischen Prognosen ist es unklar, dass die Marke von 10 Millionen überhaupt erreicht wird.^v

Die Initiative der Schweizerischen Volkspartei SVP schürt die Stigmatisierung und Pauschalisierung von Migrant:innen und gibt vor, die Schweiz sozialer und lebenswerter machen zu wollen. Eine Annahme der Initiative hätte jedoch zur Folge, dass Migrant:innen und geflüchtete Personen erneut zu Menschen zweiter Klasse, mit weniger Rechten und Möglichkeiten, degradiert werden.

In einem späteren Schritt wäre die Schweiz auch verpflichtet, die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union zu kündigen, was nicht nur Folgen auf die nachbarschaftlichen Beziehungen mit den uns umgebenden Ländern hätte, sondern auch Auswirkungen auf zahlreiche Lebensbereiche der gesamten Bevölkerung. Deshalb wird die Initiative von zahlreichen Gegner:innen als "Chaos-Initiative" betitelt.

Besonders störend an der Initiative ist, dass die Initiatorin, die SVP, in der Regel nicht bereit ist, Hand zu reichen für effektive Lösungen für tiefere Mieten oder Krankenkassenprämien sowie einen effektiven Schutz der Umwelt. Sie trägt damit nicht dazu bei, die Probleme zu lösen, die sie in ihrer Kampagne teilweise vorbringt, um für eine Annahme der Initiative zu argumentieren.

Aus diesen genannten Gründen empfiehlt NCBI Schweiz allen Stimmberechtigten, die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz" am 14. Juni 2026 abzulehnen.

NCBI Schweiz hat die Leitthemen Vorurteile abbauen, Integration fördern und Konflikte konstruktiv lösen. Wenn politische Anliegen den Kern unseres Engagements betreffen, nehmen wir parteipolitisch unabhängig, aber aus fachlicher Sicht, Stellung.

Weitere Informationen: www.ncbi.ch

ⁱ Siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Saisonierstatut>, Zugriff am 30.4.2026

ⁱⁱ Siehe <https://www.republik.ch/2026/05/11/wie-die-svp-hunderttausende-arbeitskraefte-in-die-schweiz-holte>, Zugriff am 11.5.2026

ⁱⁱⁱ Siehe <https://www.tagesanzeiger.ch/10-millionen-schweiz-warum-die-schweiz-wirklich-waechst-356904777639> für den Zeitraum von 2011-2024, Zugriff auf Artikel nur mit Abonnement, die animierten Statistiken sind auch ohne Abo erreichbar, letzter Zugriff am 30.4.2026

^{iv} Siehe <https://www.admin.ch/de/nachhaltigkeitsinitiative>, Zugriff am 30.4.2026

^v Siehe <https://www.tagesanzeiger.ch/geburtenrate-schweiz-10-millionen-schweiz-koennte-ausbleiben-469613679423>, Zugriff nur mit Abonnement, letzter Zugriff am 30.4.2026